

# Inhaltsverzeichnis

## A. Internationales Recht

- A.10 Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge  
(**Genfer Flüchtlingskonvention**)
- A.20 Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge  
(**Protokoll zur Genfer Flüchtlingskonvention**)
- A.30 Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten  
(**MRK**)
- A.40 Protokolle Nr. 4, 6, 7 und 13 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (**Zusatzprotokolle zur MRK**)

## B. Asyl

- B.10 Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (**Asylgesetz 2005 – AsylG 2005**)
- B.11 Verordnung der Bundesministerin für Inneres zur Durchführung des Asylgesetzes 2005 (**Asylgesetz-Durchführungsverordnung 2005**)
- B.13 Verordnung der Bundesministerin für Inneres über den Beirat für die Führung der Staatendokumentation (**Staatendokumentationsbeirat-Verordnung**)
- B.14 Verordnung der Bundesregierung, mit der Staaten als sichere Herkunftsstaaten festgelegt werden (**Herkunftsstaaten-Verordnung – HStV**)
- B.17 Bundesgesetz, mit dem die allgemeinen Bestimmungen über das Verfahren vor dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl zur Gewährung von internationalem Schutz, Erteilung von Aufenthaltstiteln aus berücksichtigungswürdigen Gründen, Abschiebung, Duldung und zur Erlassung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen sowie zur Ausstellung von österreichischen Dokumenten für Fremde geregelt werden (**BFA-Verfahrensgesetz – BFA-VG**)
- B.18 Bundesgesetz über die Einrichtung und Organisation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (**BFA-Einrichtungsgesetz – BFA-G**)
- B.20 Richtlinie 2011/95/EU vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf

subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes  
(**Statusrichtlinie (Neufassung)**)

- B.30 Richtlinie 2005/85/EG des Rates vom 1. Dezember 2005 über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft (**EG-Asylverfahrensrichtlinie**)
- B.32 Richtlinie 2013/32/EU vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (**Asylverfahrensrichtlinie (Neufassung)**)
- B.60 Verordnung (EU) Nr. 604/2013 vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (**Dublin-III-Verordnung**)
- B.70 Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens (**EURODAC**)
- B.72 Verordnung (EU) Nr. 603/2013 vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (**EURODAC (Neufassung)**)

## C. Betreuung

- C.10 Bundesgesetz, mit dem die Grundversorgung von Asylwerbern im Zulassungsverfahren und bestimmten anderen Fremden geregelt wird (**Grundversorgungsgesetz – Bund 2005**)
- C.15 Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der das unbefugte Betreten und der unbefugte Aufenthalt in den Betreuungseinrichtungen des Bundes verboten wird 2005 (**Betreuungseinrichtungen-Betreuungsverordnung 2005**)

- C.20 Gesetz vom 18. Mai 2006 über die vorübergehende Grundversorgung von Asylwerberinnen und Asylwerbern und sonstigen hilfs- und schutzbedürftigen Fremden (Asylwerberinnen und Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) im Burgenland (**Burgenländisches Landesbetreuungsgesetz**)
- C.21 Gesetz vom 4. April 2006 über Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Kärnten (**Kärntner Grundversorgungsgesetz**)
- C.22 NÖ Grundversorgungsgesetz (**Niederösterreichisches Grundversorgungsgesetz**)
- C.23 Landesgesetz über die Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung (**Oö. Grundversorgungsgesetz**)
- C.24 Gesetz vom 14. März 2007 zur Sicherstellung der vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in Salzburg (**Salzburger Grundversorgungsgesetz**)
- C.24a Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 23. Oktober 2007, mit der für Geldleistungen der Grundversorgung Kostenhöchstsätze und für Aufwendungen, die hilfs- und schutzbedürftigen Fremden auf Grund einer Erwerbs- oder Hilfstätigkeit erwachsen, Freibeträge festgelegt werden (**Kostenhöchst- und Freibetrags-Verordnung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde**)
- C.25 Gesetz vom 5. Juli 2005, mit dem die Landesbetreuung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden geregelt wird (**Steiermärkisches Betreuungsgesetz**)
- C.26 Gesetz vom 15. Dezember 2005, mit dem das Tiroler Grundversorgungsgesetz erlassen wird (**Tiroler Grundversorgungsgesetz**)
- C.27 Gesetz über die Mindestsicherung (**Vorarlberger Mindestsicherungsgesetz**)
- C.28 Gesetz über Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Wien (**Wiener Grundversorgungsgesetz**)
- C.30 Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG (**Grundversorgungsvereinbarung – Art. 15a B-VG**)
- C.31 Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchst-

sätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung (**Grundversorgungsvereinbarung**)

- C.40 Richtlinie 2003/9/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (**EG-Aufnahmerichtlinie**)
- C.42 Richtlinie 2013/33/EU vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung) (**Aufnahmerichtlinie (Neufassung)**)

#### **D. Migration**

- D.10 Bundesgesetz über die Niederlassung und den Aufenthalt in Österreich (**Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz**)
- D.11 Verordnung der Bundesministerin für Inneres zur Durchführung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes (**Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz – Durchführungsverordnung**)
- D.15 Verordnung der Bundesregierung, mit der die Anzahl der quotenpflichtigen Niederlassungsbewilligungen und die Höchstzahlen der Beschäftigungsbewilligungen für befristet beschäftigte Fremde und Erntehelfer für das Jahr 2009 festgelegt werden (**Niederlassungsverordnung 2009 – NLV 2009**)
- D.20 Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG (**EG-Richtlinie – Freizügigkeit**)
- D.30 Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (**EG-Familienzusammenführungsrichtlinie**)
- D.35 Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten (**EG-Richtlinie zum vorübergehenden Schutz**)
- D.40 Richtlinie 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen

gen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (**RL Hochqualifizierte Beschäftigte**)

- D.50 Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen (**EG-Richtlinie – langfristige Aufenthaltsberechtigte**)
- D.60 Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren (**EG-Richtlinie – Aufenthalt für Opfer des Menschenhandels**)

## E. Beschäftigung

- E.10 Bundesgesetz vom 20. März 1975, mit dem die Beschäftigung von Ausländern geregelt wird (**Ausländerbeschäftigungsgesetz**)
- E.15 Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 19. September 1990 über Ausnahmen vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (**Ausländerbeschäftigungsverordnung**)
- E.16 Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, mit der die Gesamtzahl der unselbständig beschäftigten und arbeitslosen Ausländer überzogen wird (**Bundeshöchstzahlenüberziehungsverordnung**)
- E.17 Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit zur Überziehung der Bundeshöchstzahl von ausländischen Fachkräften (**Fachkräfte-BHZÜV 2008**)
- E.20 Beschluß Nr. 1/80 des Assoziationsrates EWG – Türkei vom 19. September 1980 (**Assoziationsratsbeschluss EWG – Türkei Nr. 1/80**)
- E.70 Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (**EG-Freizügigkeitsverordnung**)

## F. Fremdenpolizeiliche Maßnahmen

- F.10 Bundesgesetz über die Ausübung der Fremdenpolizei, die Ausstellung von Dokumenten für Fremde und die Erteilung von Einreise-titeln (**Fremdenpolizeigesetz 2005**)
- F.11 Verordnung der Bundesministerin für Inneres zur Durchführung des Fremdenpolizeigesetzes 2005 (**Fremdenpolizeigesetz – Durchführungsverordnung**)

- F.20 Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (**EG-VO Staatenlisten Visa**)
- F.21 Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (**Schengener Grenzkodex**)
- F.22 Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex) (**Visakodex VO**)
- F.40 Richtlinie 2002/90/EG des Rates vom 28. November 2002 zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (**EG-Richtlinie – Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt**)
- F.50 Richtlinie 2001/51/EG des Rates vom 28. Juni 2001 zur Ergänzung der Regelungen nach Artikel 26 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 (**EG-Richtlinie – Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen**)
- F.60 Richtlinie 2004/82/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Verpflichtung von Beförderungsunternehmen, Angaben über die beförderten Personen zu übermitteln (**EG-Richtlinie – Daten von Beförderungsunternehmen**)
- F.70 Richtlinie 2001/40/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (**EG-Richtlinie – Anerkennung von Rückführungsentscheidungen**)
- F.71 Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (**Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger**)